

Füssl, Karl-Heinz

## Erziehung im Umbruch. Die Erziehungspolitik und das Jugendprogramm der USA in der deutschen Nachkriegsgeschichte

*Zeitschrift für Pädagogik 41 (1995) 2, S. 225-244*



### Quellenangabe/ Reference:

Füssl, Karl-Heinz: Erziehung im Umbruch. Die Erziehungspolitik und das Jugendprogramm der USA in der deutschen Nachkriegsgeschichte - In: Zeitschrift für Pädagogik 41 (1995) 2, S. 225-244 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-104510 - DOI: 10.25656/01:10451

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-104510>

<https://doi.org/10.25656/01:10451>

in Kooperation mit / in cooperation with:

# BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

### Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.  
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.  
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### Kontakt / Contact:

**peDOCS**  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Digitalisiert

# Zeitschrift für Pädagogik

Jahrgang 41 – Heft 2 – März/April 1995

## *Essays*

- 155 HANS SCHEUERL  
„Was ist ein pädagogischer Klassiker?“
- 161 ULRICH HERRMANN  
Pädagogische Klassiker und Klassiker der Pädagogik

## *Thema: Historische Bildungsforschung*

- 169 ANNETTE STROSS  
„Gesundheitserziehung“ zwischen Pädagogik und Medizin.  
Themenkonjunkturen und Professionalisierungsprobleme in Deutschland 1770–1930
- 185 HEINZ STÜBIG  
Die Rezeption der preußischen Reformen durch Erich Weniger
- 205 HEIN RETTER  
Der Reformpädagoge Peter Petersen (1884–1952). Zur Durchsetzung seiner Schul- und Lehrerbildungskonzeption in den zwanziger und dreißiger Jahren
- 225 KARL-HEINZ FÜSSL  
Erziehung im Umbruch. Die Erziehungspolitik und das Jugendprogramm der USA in der deutschen Nachkriegsgeschichte

## *Diskussion*

- 247 ULRICH BLEIDICK/WALDTRAUT RATH/KARL DIETER SCHUCK  
Die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zur sonderpädagogischen Förderung in den Schulen der Bundesrepublik Deutschland

265 BETHINA GRESZIK/FRANK HERING/HARALD A. EULER  
Gewalt in den Schulen. Ergebnisse einer Befragung in Kassel

285 THOMAS KLEIN  
Die geschwisterlose Generation: Mythos oder Realität?

### *Besprechungen*

303 KLAUS PRANGE  
*Dieter Lenzen* (Hrsg.): Erziehungswissenschaft. Ein Grundkurs

306 JÖRG RUHLOFF  
*Frieda Heyting/Heinz-Elmar Tenorth* (Hrsg.): Pädagogik und Pluralismus. Deutsche und niederländische Erfahrungen im Umgang mit Pluralität in Erziehung und Erziehungswissenschaft

312 HANS-ULRICH GRUNDER  
*Tobias Rülcker/Peter Kassner* (Hrsg.): Peter Petersen: Antimoderne als Fortschritt? Erziehungswissenschaftliche Theorie und pädagogische Praxis vor den Herausforderungen der Zeit

*Hein Retter* (Hrsg.): Jenaplan-Pädagogik als Chance. Kindgerechte Schulpraxis im Zeichen europäischer Verständigung

317 PETER DUDEK  
*Siegfried Bernfeld*: Sämtliche Werke. Bd. 2: Jugendbewegung und Jugendforschung. Schriften 1909–1930

### *Dokumentation*

323 Pädagogische Neuerscheinungen

## *Contents*

### *Essays*

- 155 HANS SCHEUERL  
“What Is a Pedagogical Classics?”
- 161 ULRICH HERRMANN  
Pedagogical Classics and Classics of Pedagogy

### *Topic: Historical Educational Research*

- 169 ANNETTE STROSS  
„Health Education“ Between Pedagogics and Medicine – Trends in topics and problems of professionalization in Germany, 1770–1930
- 185 HEINZ STÜBIG  
Erich Weniger’s Reading of the Prussian Reform Movement
- 205 HEIN RETTER  
The Reformer Peter Petersen (1884–1952) – The failure of his conceptions of school instruction and teacher education in the 1920s and 30s
- 225 KARL-HEINZ FÜSSL  
Education in Transition – Educational policy and the American youth program in post-war Germany

### *Discussion*

- 247 ULRICH BLEIDICK/WALDTRAUT RATH/KARL DIETER SCHUCK  
The Recommendations of the Conference of the Ministers of Education Concerning the Promotion of Handicapped Students in German Schools
- 265 BETHINA GRESZIK/FRANK HERING/HARALD A. EULER  
Violence In Schools: Results of an inquiry carried out in Kassel
- 285 THOMAS KLEIN  
A Generation Without Siblings: Myth or Reality?

### *Reviews*

303

### *Documentation*

- 323 Recent Pedagogical Publications

## Erziehung im Umbruch

### *Die Erziehungspolitik und das Jugendprogramm der USA in der deutschen Nachkriegsgeschichte\**

#### *Zusammenfassung*

Am Beispiel der Jugendpolitik der amerikanischen Besatzungsbehörden nach 1945 belegt der Beitrag, gestützt auf neu erschlossene Archivalien der US-Behörden, daß sich die amerikanische Erziehungspolitik keineswegs auf das Schulwesen beschränkt hat. Vielmehr war sie in den umfassenden Versuch eingebunden, für die Jugend und die pädagogischen Berufe neue Handlungs- und Qualifizierungsmuster bzw. auch Institutionen zu schaffen. Dies wurde auch im Bereich der Jugendpolitik weitgehend gegen traditionelle Vorstellungen der deutschen Beteiligten unternommen.

#### *1. Zur Forschungslage und zum Stellenwert der amerikanischen Erziehungspolitik*

Die zur amerikanischen Umerziehungs- und Neuorientierungspolitik (Re-education, Reorientation) nach dem Zweiten Weltkrieg vorliegende bundesdeutsche Forschungsliteratur hat sich seit den siebziger Jahren, als die ersten Möglichkeiten zur Einsichtnahme in das Schriftgut der amerikanischen Militärregierung in Deutschland geschaffen wurden, bevorzugt der strukturellen Reform des Bildungswesens angenommen und mit den dargestellten Auswirkungen ein weitgehend pessimistisches Bild entworfen, das die pädagogisch-zeitgeschichtliche Historiographie bis heute leitet (HEINEMANN 1981; BUNGENSTAB 1970; TENT 1982). Teilweise wird dem Versuch der Aufarbeitung pädagogisch-historischer Sachverhalte sogar ein Verständnis unterlegt, das parallel zur arrivierten Geschichtswissenschaft verschiedenen gelagerte Interessen bei der Ausformulierung der amerikanischen Erziehungspolitik für die Nachkriegszeit ausmacht und nach Belieben die Dominanz der einen oder anderen Richtung bei der Interpretation der Ergebnisse nutzt (LANGE-QUASSOWSKI 1979; SCHLANDER 1981). Offensichtlich nimmt man an, daß die als Vorlage dienende Nachbardisziplin keinen Fehler begangen haben kann, wenn sie den Einfluß der MORGENTHAU-Position auf die amerikanische Deutschlandpolitik heraus-

---

\* Der Beitrag entstammt einem Forschungsprojekt, unterstützt vom BM des Innern und der Stiftung Preußische Seehandlung, durchgeführt am FB Geschichts- und Kommunikationswissenschaften der Technischen Universität Berlin.

Verzeichnis archivalischer Fundstellen:

NA National Archives, Washington D.C. (Record Group/Decimal Files)

IZ Institut für Zeitgeschichte München, Bestand MF 260 (Office of Military Government U.S.)

arbeitete. Die damit vermeintlich identifizierte punitive Erziehungskonzeption gegenüber den Deutschen wird als Fakt gehandelt und mit der Entnazifizierungspolitik als weiterem fragwürdigen Stereotyp in Beziehung gesetzt. Schon hier ist die Frage zu stellen, ob die Bewertung der Entnazifizierung nicht auch anders vorgenommen werden kann; vor allem wenn davon auszugehen ist, daß nach der nationalsozialistischen Diktatur neue soziale und kulturelle Eliten für eine demokratisch verfaßte Gesellschaft gebraucht wurden. Nicht umsonst sollte sich bald genug herausstellen, daß die bundesdeutsche Gesellschaft zu einer Selbstreinigung gar nicht fähig war (BROSZAT 1981).

Seitdem in den letzten Jahren Forschungsarbeiten vorliegen, die die Bedeutung der MORGENTHAUSchen Einflußnahme auf die amerikanische Deutschlandpolitik zurechtrücken (KRIEGER 1987; EDMONDS 1992), wurde auch das Bild der amerikanischen Erziehungs- und Demokratisierungspolitik brüchig; etwa wenn differenzierte Detailstudien die Belebung der Frauenarbeit in der Nachkriegszeit nachzeichnen und dabei folgenreiche Ergebnisse bilanzieren. Die Frauen wurden von der amerikanischen Erziehungspolitik als Zielgruppe und Multiplikatoren für gesellschaftliche Veränderungen erkannt, und der Beitrag amerikanischer Frauen und deutscher Emigrantinnen nahm eine Schlüsselrolle bei der Wiederaufnahme internationaler Kontakte ein (RUIEPER 1991). Ein bemerkenswertes Unterfangen angesichts der Tatsache, daß der Nationalsozialismus die traditionellen Rollenmuster gefestigt hatte (REESE-NÜBEL 1989; CZARNOWSKI 1989; SCHUBERT 1984; NAVE-HERZ 1988). Manifest waren auch die sozialisatorischen Leistungen an der Jugend, denn das Ziel nationalsozialistischer Erziehung bestand nicht im Aufbau einer neuen erzieherischen Ordnung, sondern in der Zerstörung aller sozialen Beziehungen als Voraussetzung, um den einzelnen der Verfügungsgewalt anonymer Apparate zu unterwerfen. Mit dem Aufbau der Hitler-Jugend als einer von der Schule unabhängigen Erziehungsmacht wurde die Tendenz zur Traditionszerstörung sichtbar, und die im Krieg praktizierte Herauslösung Jugendlicher aus ihren sozialen Beziehungen unterstrich nunmehr den totalen Verfügungsanspruch des NS-Systems (SCHOLTZ 1985). Mit der Jugend ist zugleich diejenige Zielgruppe benannt, die nach 1945 im Zentrum der amerikanischen Erziehungsarbeit stand.

Im einzelnen ist dabei festzustellen, daß schon bald nach Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg die Konturen der später geltenden Erziehungsrichtlinien vorgezeichnet waren. Der Prozeß der Politikgestaltung selbst unterlag keinen allzu großen Schwankungen. Die Grundfigur der amerikanischen Erziehungspolitik entsprach einer konstruktiven und positiven Intention; es ging im Kern um die Reintegration der Deutschen in die freie Weltgemeinschaft der friedliebenden Völker. Weiter stand die zunächst nicht unbegründete Hoffnung im Vordergrund, innerhalb der Allianz der Siegermächte gemeinsam zu handeln (FÜSSL 1991, 1994). Aber diese erziehungspolitischen Grundsätze mußten erst einmal Gültigkeit erlangen und Tausende Kilometer vom Ursprung entfernt umgesetzt werden. Bei der Einschätzung der amerikanischen Erziehungspolitik ist das Urteil leicht bei der Hand, im Prinzip wäre es nach dem Zweiten Weltkrieg eigentlich nur darum gegangen, den Nationalsozialismus durch antikommunistische Ressentiments zu ersetzen. Diese Einschätzung trifft insofern zu, als der Antikommunismus bei den Deutschen auf einen

bemerkenswert fertilen Boden fiel, indessen determinierte dieser Faktor nicht die amerikanische Erziehungspolitik. Im Grundsatz ging es um das Demokratisierungsziel, allen totalitären Verlockungen entgegenzuwirken. Selbst in den Jahren der amerikanischen Hohen Kommission versagten die USA denjenigen politisch ambitionierten Jugendgruppen ihre Unterstützung, die der amerikanischen Auffassung zufolge noch in nationalsozialistischen Kategorien dachten und handelten, obwohl sie mit dezidiert antikommunistischer Programmatik gerade um die amerikanische Gunst buhlten.<sup>1</sup>

Bereits während des Krieges erschien die NS-Erziehung den Beobachtern vom amerikanischen Geheimdienst als phantasmagorischer Akt der Barbarei. Vor allem die Ausbildungsstätten der zukünftigen NS-Elite, die „Nationalpolitischen Erziehungsanstalten“, die „Adolf-Hitler-Schulen“, die „Ordensburgen der NSDAP“, aber auch das geradezu phantastisch anmutende Aktionsprogramm der Hitler-Jugend weckten bei den amerikanischen Analytikern allergrößte Befürchtungen für die Zeit nach der deutschen Niederlage. In der Realität bestätigten fanatisierte Hitler-Jugendliche, daß sie bis zum Äußersten gehen würden. Sie demonstrierten in der „Werwolf“-Bewegung, dem letzten Aufgebot des NS-Regimes, noch vehement die ganze Sinnlosigkeit ihres Tuns. Obwohl der „Werwolf“-Episode blieb, machte sich die amerikanische Besatzungsmacht auf Sicherheitsrisiken nach der Besetzung Deutschlands gefaßt, und im Kalkül der Geheimdienstexperten rangierte die deutsche Jugend dabei in exponierter Position. Ein weiterer Aspekt ist hier zu nennen, der in den ersten Monaten der Besatzungszeit das Verhältnis zu den Deutschen beeinflusste und in erheblichem Maße dazu beitrug, das in Washington konzipierte Erziehungsprogramm vorerst nicht zur Entfaltung kommen zu lassen: In Deutschland waren kaum verlässliche Bündnispartner auszumachen. Die in den späten Kriegsjahren entstandenen und in der jüngeren Forschungsliteratur zu jugendlichen Subkulturen hochstilisierten „Edelweiß-Piraten“ oder andere jugendliche Protestgruppen (PEUKERT 1988; BREYVOGEL 1991) erwiesen sich beim Zusammenbruch Deutschlands als kriminelle Banden, die verschleppte polnische Zwangsarbeiter ermordeten oder zur Massenbefreiung inhaftierter Nazis beitrugen.<sup>2</sup> So blieb am Ende nur die Kirche als Ansprechpartner für den Neuaufbau übrig, auf die die britische wie die amerikanische Deutschlandpolitik gleichermaßen gesetzt hatte.<sup>3</sup> Als endlich in der zweiten Hälfte des Jahres 1946 die konstruktiven Ansätze des amerikanischen Außenministeriums auch in der Militärregierung zu greifen begannen, war allerdings schon reichlich Zeit verstrichen. Die weitere Entwicklung sollte zeigen, daß der amerikanischen Erziehungspolitik nicht mehr allzuviel Spielraum verblieb.

1 Als typisches Beispiel gilt dafür der Bund Deutscher Jugend (BDJ), der Anfang der 50er Jahre am politisch rechten Spektrum angesiedelt war und einen extremen Antikommunismus propagierte. Zur amerikanischen Position und den geheimdienstlichen Erkenntnissen vgl. NA, RG 59/862A. 4614/6–151: HICOG Frankfurt Dispatch No. 3771 (Director of Intelligence to Department of State), June 1, 1951: Bund Deutscher Jugend.

2 Vgl. NA, RG 58, R & A Report 3471: The Present Status of German Youth. Washington D. C., May 15, 1946.

3 Zu den Einzelheiten vgl. FÜSSL (1991, 1994). Die Werwolf-Bewegung findet beispielsweise ausführliche Behandlung in NA, RG 319/XE 049888: Werewolf Activities; E. D. S. Report 34, undated: Notes on the Werewolves.

Gegenüber methodischen Zugängen, die den politischen Mentalitäts- und Wertewandel (SCHÖRKEN 1990; KLAGES 1988) oder die Verbindung kollektiver und individueller Erfahrungen herzustellen trachten (BAETHGE et al. 1983; BUDE 1987), wird hier der Versuch unternommen, die von der amerikanischen Besatzungsmacht eingebrachten strukturellen Veränderungen auf dem Gebiet der öffentlichen Jugendarbeit zu analysieren. Jugendarbeit wird dabei synonym den Begriffen Jugendpflege und Jugendhilfe gesetzt und in Abgrenzung zur Jugendfürsorge so verstanden, wie sich zur vergangenen Jahrhundertwende eine Bewertungsverschiebung vom devianten und latent kriminellen Jugendlichen zur neutralen Bezeichnung der gesamten weiblichen und männlichen Jugend mit diesem Begriff vollzogen hatte (HERRMANN 1985). Dabei wird gezeigt, daß die amerikanische Militärregierung ein flächendeckendes Programm öffentlicher Jugendarbeit in Deutschland einführte, das nur locker an die staatliche Verwaltung gebunden war. Seit der Jugendamnestie von 1946 schloß es nur noch Jugendliche aus, wenn sie aufgrund ihres NS-Engagements schwer „belastet“ waren. Daneben ist als weiterer Gesichtspunkt hervorzuheben, daß mit der intendierten Möglichkeit, Jugendarbeit in die Hände der Jugendlichen selbst zu legen, ein heutigen Standards vergleichbares Regulativ gesetzt wurde (BOEHNISCH 1973). Schließlich ist einem weiteren Ergebnis vorzugreifen, das einer Erklärung bedarf. Es ist die Behauptung, daß die von der amerikanischen Besatzungsmacht etablierte öffentliche Jugendarbeit keinen Vorläufer hatte. Gemeint ist damit nicht die pädagogische Umsetzung der Jugendarbeit, sondern der Grundsatz, daß eine freiheitlichen Zielsetzungen verpflichtete Jugendarbeit in Deutschland noch nie praktiziert worden war. Die Schwierigkeit im Nachkriegsdeutschland bestand deshalb in der Notwendigkeit, die Öffentlichkeit von der gesellschaftlichen Relevanz staatlich geförderter Erziehung zu überzeugen, damit die nach dem Kriegsende errichteten Strukturen auch über das Ende der Besatzungszeit hinausreichten und einen konsensfähigen Bestandteil der späteren bundesrepublikanischen Gesellschaft ergeben würden. Für die zuletzt aufgestellte Behauptung wird auf die folgende Darstellung verwiesen, für die Singularität der von den USA eingeführten Jugendarbeit muß hingegen ein Nachweis erst geführt werden.

H. GIESECKE urteilte zur Weimarer Republik, sie hätte den Sieg der öffentlich organisierten Jugendarbeit über die Jugendbewegung gebracht. Die wilhelminische Subventionspolitik habe die Problematik des Bundesjugendplans bereits vorgezeichnet (GIESECKE 1981). Demgegenüber wird in einer Revue der pädagogischen Jugendbilder, Jugendbewegung und Jugendpflege als sich wechselseitig abgrenzende und kontrastierende Bestrebungen die Funktion der Jugendpflege im Kaiserreich als soziale Beaufsichtigung und unpolitische Beschäftigung von Jugendlichen und als Instrument des Kampfes gegen die Sozialdemokratie deutlich. Kontrolle und Beherrschung der jugendlichen Freizeit in der Form sozialer Hygiene standen im Vordergrund und führten zu dem Ergebnis, daß die Jugendpflege eine insgesamt verschleiernde und ideologische Aufgabe bei der Behandlung von Jugendfragen hatte und die gängigen Jugendkonzepte kaum in Beziehung zur realen sozialen Lage der Jugendlichen standen (KOLFHAUS 1985). Auch bezeugen Untersuchungen zu den Lebenswelten von Arbeiterjugendlichen in der Weimarer Republik, daß keine öffentliche Jugendarbeit für sie vorgesehen war und die alternativ praktizierte



Jugendfürsorge eine zunehmend sozialdisziplinierende Aufgabe übernahm (PEUKERT 1987 a, b). Die Überlegungen GIESECKES lassen daher den Schluß zu, daß in der Krise des Parteienstaates, am Übergang zu den dreißiger Jahren, die Politisierung der Massen den Aktionismus und die rigorose Idealisierung aus der Jugendbewegung auf die politische Betätigung übertrug. Selbst die Hitler-Jugend hatte in der Zeit vor 1933 gar nicht den Elan, Jugendarbeit betreiben zu wollen, sondern stellte statt dessen Organisation und Propaganda in den Mittelpunkt ihrer Betätigung (KLÖNNE 1990; KATER 1977). Schließlich, und damit findet dieser Punkt seinen Abschluß, ist die alternativ praktizierte Fürsorgeerziehung in den letzten Jahren der Weimarer Republik so tief gesunken, daß von einer „Entpädagogisierung“ gesprochen werden kann, die ihren Schlußakkord in den Konzentrationslagern für Jugendliche in Moringen und Uckermark fand (GUHSE/KOHR 1989; HARVEY 1989).

Unter der Zuständigkeit der Militärregierung entwickelte sich das Jugendprogramm zum Kernstück der erziehungspolitischen Konzeptionen der USA im Nachkriegsdeutschland. Die öffentlich praktizierte Jugendarbeit ist Forschungsdesiderat, weil sie eine andere Perspektive als die Schulreform einnimmt und damit neue Maßstäbe zur Bewertung der erziehungspolitischen Maßnahmen der amerikanischen Besatzungsmacht setzt. Von der einschlägigen Fachliteratur ist die amerikanische Konzeption der Jugendarbeit so gut wie nicht zur Kenntnis genommen worden; die grundlegenden strukturellen Eingriffe, die den heutigen Zustand erst ermöglicht haben, werden nicht erkannt (LANDWEHR/BARON 1983). Dabei stellte sich die geistig-moralische und materiell-existentielle Umbruchsituation im Nachkriegsdeutschland für die amerikanische Erziehungspolitik zwar als kompliziert dar, was den Zugang und die Verständigung mit den Deutschen anbelangte, nichtsdestoweniger war die Zerstörung des Vergangenen und der angemahnte Neubeginn zugleich eine günstige Situation für Neuerungen. Zwar hatte schon das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (RJWG) von 1922 den Erziehungsanspruch des einzelnen festgeschrieben, die unmittelbar darauf folgenden Notverordnungen und die gesellschaftliche Krisensituation der Weimarer Republik brachten hingegen jeden Versuch der zeitgleich geschaffenen Jugendämter, über eine öffentliche und allgemeine Jugendarbeit auch nur nachzudenken, zum Scheitern. Die Arbeit des Jugendamtes reduzierte sich weitgehend auf die Fürsorgeerziehung, auf die Beschäftigung mit dem devianten und latent kriminellen Jugendlichen, und geriet unter dem Druck des NS-Systems in das Fahrwasser der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), die nicht mehr den zuvor noch kodifizierten Erziehungsanspruch, sondern ausschließlich das Recht und die Pflicht der Volksgemeinschaft zur Erhaltung und Förderung des gesunden Nachwuchses vertrat (OTTO/SÜNKER 1989). Nach 1945 setzte das Jugendamt mit den prinzipiell gleichen Leitvorstellungen einer verwaltungsmäßig organisierten Sozialarbeit und unveränderten beruflichen Standards neu an und war deshalb nach amerikanischer Sichtweise für ein neu zu schaffendes Verständnis von Erziehung viel zu diskreditiert, um an der neuen Jugendarbeit beteiligt zu werden.

## 2. Die Umsetzung des amerikanischen Jugendprogramms

Die erste amerikanische Jugenddirektive sah vor, in den Stadt- oder Landkreisen Jugendausschüsse zu gründen, die die verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppierungen angemessen repräsentieren und nach demokratischen Wahlen zustande kommen sollten. Als Vorsitzende der Ausschüsse waren die jeweiligen Oberbürgermeister oder Landräte vorgesehen. Nach amerikanischem Verständnis mußte Jugendarbeit, primär definiert als organisierte Freizeit, von Anfang an als eine öffentliche Dienstleistungsform der Kommunen aufgefaßt werden.<sup>4</sup> Der Entwurf dieser Direktive, die zeitlich mit der Institutionalisierung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland (OMGUS) am 1. Oktober 1945 korrespondierte, benannte zwar die Ausgangslage für das amerikanische Jugendprogramm in Deutschland, kam in der Praxis jedoch kaum zur Entfaltung, da bis 1946 sicherheitspolitische Bedenken im Vordergrund standen und alle erzieherischen Bemühungen überlagerten.

Dem eigentlichen Beginn der Jugendarbeit unter der amerikanischen Militärregierung eilten zwei Ereignisse voraus. Einmal war es die euphemistische Einschätzung des Chicagoer Bischofs und Beraters von Präsident TRUMAN, B.J. SHEIL, über den Zustand der deutschen Jugend, zum anderen die in Deutschland Anfang 1946 weilende, hochkarätig besetzte „Education Mission“, deren Befunde und Empfehlungen unter ihrem Leiter G.F. ZOOK für große Aufmerksamkeit nicht nur in der amerikanischen Öffentlichkeit sorgten.<sup>5</sup> Die Erziehungsmission stand unter einem günstigen Stern. E.N. ANDERSON von der „Division of Cultural Cooperation“ aus dem US-Außenministerium hatte die Kommissionsmitglieder begleitet, und seine eigenen Recherchen bestätigten die im Bericht der Erziehungsmission festgehaltenen Ergebnisse. Vor allem aber trug seine Analyse dazu bei, das in zahlreichen Berichten noch lange nach Kriegsende gezeichnete negative Bild der „nazistisch verseuchten“ Jugend in Deutschland zu revidieren. Zentralen Stellenwert nahm bei ANDERSON die Erkenntnis ein, daß die Generation der 25- bis 45jährigen für den Neuaufbau faktisch ausfiel. Sie war auf den Schlachtfeldern des Krieges gestorben oder befand sich in Gefangenschaft. Die restlichen Angehörigen dieser Generationskohorte blieben vom geistig-kulturellen Leben wegen ihrer NS-Vergangenheit ausgeschlossen. Aus diesem Sachverhalt resultierte eine immense Überalterung, das deutsche intellektuelle Leben lag in den Händen einer „Gerontokratie“, deren Aufgabe in der Herausbildung neuer moralischer Grundwerte bestand. Ein Dilemma entstand jedoch, weil diese

4 Vgl. NA, RG 59/740.00119/10–345: US Political Adviser for Germany, dispatch 1047, October 3, 1945: Formation of German Youth Organizations; Enclosure: HQ US Group CC, Public Health & Welfare Division, 26 September 1945: Directive for the Control of Youth Activities; Enclosure: Draft of Directive, 10 Sept. 1945: Amendment to Section VII, Part I (Education), Administration of Military Government in the US Zone in Germany, 7 July 45; Enclosure: Implementing Instructions to accompany Directive on Control of Youth Activities, 10 Sept. 45.

5 Vgl. IZ, 1945–46/84/3: Summary of Report to President TRUMAN on Youth in Germany by Most Reverend BERNARD J. SHEIL, D.D.; Memorandum 21 January 1946: German Youth Survey Performed by Bishop SHEIL; War Department, Civil Affairs Division (Hilddring) to Lieutenant General CLAY, 25 February 1946 sowie Report of the United States Education Mission for Germany, Department of State Publication 2664, European Series 16, Washington D.C. 1946.

Autoritäten der Jugend vorwarfen, keine legitimierbaren Moralvorstellungen im Nationalsozialismus entwickelt zu haben und deshalb nicht vertrauenswürdig zu sein. Daraus folgte ANDERSON, daß die jüngere Generation von der Übernahme verantwortlicher gesellschaftlicher Positionen ausgeschlossen werde und ihre Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten behindert würden, ein zum apostrophierten Demokratisierungsziel gegenläufiger Trend. Auf der anderen Seite bestätigte ANDERSON den Eindruck, daß der Nationalsozialismus zwar kein dominantes Ideal bei der Jugend mehr darstelle, sie auf der Suche nach neuen Idealen aber noch keinen Ersatz gefunden habe. Deshalb bestehe die Gefahr, erneut indoktrinären Lehren zu verfallen, und die Unfähigkeit, soziale Bindungen einzugehen. Außerdem führe das beobachtete individuelle Isolationsstreben zur Entwicklung mißtrauischer und pessimistischer Egoisten. In Washington rief ANDERSON dazu auf, die Hilfestellungen drastisch zu intensivieren, da die Deutschen aus eigener Kraft zu einer intellektuellen Neuorientierung nicht in der Lage wären und bestenfalls mittelmäßige, am Vorbild von Weimar ausgerichtete Lösungen entwickeln könnten.

„The question of whether Germany revives intellectually during our life time to anything like its former status depends not merely upon the energy and initiative of the Germans but above all upon the extent to which we and other foreign countries offer assistance ...“<sup>6</sup>

Die vom State Department übernommene und seitdem vertretene Linie hatte zahlreiche Auswirkungen auf das Jugendprogramm. Das betraf nicht nur die neu geschaffenen Jugendausschüsse auf Länderebene, sondern auch das ursprünglich von zehn bis 18 Jahre begrenzte Alter der Jugendlichen, das auf die Altersgruppe der bis zu 25jährigen ausgedehnt wurde. Von eminenter Bedeutung für die Praxis war gleichfalls die Zulassung privater und staatlicher Organisationen des Auslands, die sich der Jugendarbeit annahmen und durch die baldige Ausdifferenzierung einer professionalisierten „Jugendsozialarbeit“ das Profil der Sozialpädagogik nachhaltig beeinflussten (FALTERMEIER 1983). Unmittelbare Konsequenzen hatte auch die von General CLAY am 2. Juli 1946 vor dem Länderrat verkündete Jugendamnestie. Sie befreite die nach dem 1. Januar 1919 Geborenen, mit Ausnahme der Kriegsverbrecher und aktiven Nationalsozialisten, von der Entnazifizierungspraxis der Spruchkammern. Die Amnestie bescheinigte der deutschen Jugend, in ihrer Gesamtheit keine Mitschuld an den Verbrechen der Nationalsozialisten zu tragen, obwohl bereits das am 5. März 1946 in Kraft getretene „Gesetz über die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ Jugendliche unter 18 Jahren nicht mehr erfaßt hatte.

Der in Washington neu definierte Stellenwert deutscher Erziehung wertete auch die Erziehungsabteilung bei der Militärregierung auf. Zunächst erhielt sie im April 1947 mit R. T. ALEXANDER als „Acting Chief“ einen neuen Leiter.

6 NA, RG 59/862.42/11–1346: Department of State Memorandum, November 13, 1946: Steps being taken by ADO to Improve United States Educational and Cultural Facilities in Germany; Germany-Austria Secretariat, November 8, 1946: Educational and Cultural Conditions in Germany; Enclosure from EUGENE N. ANDERSON, November 1, 1946: Report on Trip to Germany – Fall 1946.

ALEXANDER hatte zuvor am Columbia Teacher College gelehrt und galt als ausgewiesener Fachmann des deutschen Erziehungswesens. Allerdings war nicht vorherzusehen, daß er sich ausgerechnet auf die vom Außenministerium inzwischen nicht mehr favorisierte äußere Schulreform kaprizierte und dabei in der Person des bayerischen Kultusministers HUNDHAMMER an einen konservativen Gegner geriet, der die Absichten ALEXANDERS sehr schnell zunichte machte (TENT 1982). Trotzdem stieg das amerikanische Interesse an der deutschen Erziehung kontinuierlich und fand seinen Ausdruck in der Aufwertung der Erziehungsabteilung als Hauptabteilung der amerikanischen Militärregierung im März 1948 (Education & Cultural Relations Division). Jugendfragen wurden in der „Youth and Community Activities Branch“ behandelt, deren sich der aus der YMCA-Arbeit stammende Leiter der Unterabteilung, L. E. NORRIE, persönlich annahm (FÜSSL 1987). Bedeutsam war auch die Ernennung von H. B. WELLS, Präsident der Indiana University, zum Berater für kulturelle Angelegenheiten im November 1947. Sein Privileg des direkten Zugangs zum Leiter der Militärregierung, L. D. CLAY, gewährleistete eine Reihe von Vorteilen (WELLS 1980). Seit dem 1. März 1946 war auch die Kompetenzverteilung zwischen dem Außen- und dem Kriegsministerium geregelt, wonach das Außenministerium die Formulierung der Erziehungspolitik und das Kriegsministerium die Ausführung und Umsetzung der Politikrichtlinien in Deutschland verantwortete.

Bis zum 1. August 1946 entstanden in der US-Zone 186 Kreisjugendausschüsse, die 2866 lizenzierte Jugendgruppen mit nicht ganz einer halben Million Jugendlichen betreuten, davon 93 Ausschüsse in Bayern, 51 in Württemberg-Baden und zwölf in Hessen. Angesichts der Tatsache, daß die Statistik über zwei Millionen Jugendliche in der Altersgruppe zwischen zehn und 18 Jahren (ältere Jugendliche waren nicht erfaßt) in der US-Zone auswies, profitierte kaum ein Viertel aller Jugendlichen dieser Altersgruppe von der öffentlichen Jugendarbeit.<sup>7</sup> Das Defizit der Jugendausschüsse lag einmal bei den Ausschußmitgliedern, die wegen ihres hohen Alters nicht die Jugend repräsentieren oder gar für sie sprechen konnten. Ein anderer Mangel war, daß sie ihre Positionen geschickt für politische Zwecke oder das persönliche Prestige zu nutzen verstanden, anstatt die Jugendarbeit in den Kreisen zu fördern. Da die Ausschüsse in den meisten Fällen von den für die Stadt- und Landkreise verantwortlichen Offizieren der Militärregierung (Liaison & Security Officer) ernannt und nicht gewählt worden waren, konnten sie außerdem nicht die angestrebte demokratische Vorbildfunktion ausüben. Die Militärregierung mühte sich deshalb nach Kräften, durch eine Reorganisation neuen Elan aufkommen zu lassen.

Das Jahr 1946 stand ganz im Zeichen der auf Landesebene vorangetriebenen organisatorischen Festigung der Jugendausschüsse. Am 24. und 25. Mai 1946 konstituierte sich der bayerische Landesjugendausschuß im Staatsministerium für Kultus und Unterricht mit hochrangigen Gästen, unter ihnen der Chef der bayerischen Militärregierung, General MULLER, Ministerpräsident HÖGNER und Kultusminister FENDT. Unter der Leitung des Alterspräsidenten Professor ENZENSBERGER setzte sich der Jugendreferent im bayerischen Staatsministe-

<sup>7</sup> Vgl. Privatsammlung TRACY STRONG (im Besitz des Verf.): Giving Youth New Goals. A Report of the Youth Activities Section Education and Religious Affairs Branch, August 1946.

rium für Kultus und Unterricht, F.-J. STRAUSS, mit dem Hauptreferat in Szene. Das von ihm beschworene gemeinsame Vorgehen beim Neuaufbau der Jugendarbeit war schon angesichts der markant ausgeprägten Gegnerschaft zwischen den anwesenden Vertretern der Jugendorganisationen gerechtfertigt. Allerdings dürfte seine These, die Entnazifizierung bei der Jugend zu beginnen, wo sie den größten Erfolg verspreche, nicht gerade auf ungeteilte Zustimmung gestoßen sein. Daß im katholischen Bayern der Kirche bei der Jugendarbeit ein besonderer Stellenwert zukommen würde, konnten sich dagegen wohl alle Beteiligten ausrechnen.

„Bayern ... ist heute durch den Krieg ... um vieles ärmer geworden. Die geistige Situation hat durch die Auflösung der Begriffe, der bisher festen gedanklichen und charakterlichen Werte ungeheuer gelitten. Ihre Substanz ist zerrieben und aufgelöst. Das Schlagwort hat das Wort erschlagen und eine allgemeine Begriffsinflation hat den Glauben an das Wort weggenommen. Die Ideale von Treue, Ehre und Gehorsam wurden der leicht beeinflussbaren Jugend durch falsche Begriffe entwertet. Heute gilt es, der Jugend wieder die Einhaltung der ewig göttlichen Gesetze einzuprägen und sie zu lehren, daß Gehorsam nicht in der Befolgung eines erzwungenen Fahneneides, sondern in der Einhaltung der göttlichen Gebote liegt.“<sup>8</sup>

Der Bayerische Landesjugendausschuß – 1947 in Bayerischer Jugendring umbenannt – wählte den Dicher A. J. LIPPL zu seinem ersten Präsidenten. Als Aufgaben definierte der Ausschuß die Verbesserung der Lebensbedingungen, die Gründung parteipolitisch, wirtschaftlich und sozial unabhängiger Jugendverbände, die Förderung der Zusammenarbeit der verschiedenen Jugendorganisationen und das Aufzeigen von Wegen zur Überwindung der herrschenden Not.

Weniger festlich, aber nach ähnlich gestellten Aufgaben wurde am 29. März 1946 der nord-württembergische „Landesausschuß für Jugendpflege und Jugendbewegung“ mit einer Ansprache des späteren Kultusministers BÄUERLE gegründet. BÄUERLE hob dabei den für die Militärregierung wesentlichen Grundsatz hervor, in die selbständige und selbstverantwortliche Arbeit der Jugendorganisationen nicht einzugreifen, vielmehr gehe es um die „zentripetale Ausrichtung“ des vielseitigen Jugendlebens, damit die Jugend aller Richtungen geistige Fixpunkte ihrer Orientierung erlange. Ministerialrat HASSINGER konkretisierte das Selbstverständnis des Landesausschusses, indem er die allgemeine Interessenvertretung aller Jugendfragen, Sammlung und den Austausch von Erfahrungen, Berichterstattung an die Kreisausschüsse, Vermittlung und Verbreitung von Informationen, Förderung der theoretischen und praktischen Weiterbildung, Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen für alle Organisationen und die Bereitstellung von Schulräumen und Jugendheimen als zukünftige Aufgaben hervorhob. Zu Mitgliedern ernannte der Ausschuß Repräsentanten zahlreicher gesellschaftlicher Interessengruppen. Zwar

8 IZ 5/295–3/8: Bericht über die 1. Tagung des „Bayerischen Landesjugendausschusses“ am 24./25. 5. 46 im Hause des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus. Unzulänglich dagegen SCHARINGER (1988).

stimmte man dem Besetzungsverfahren allgemein zu, indessen blieb die so gleich heißdiskutierte, von den Falken gestellte Aufgabe ungelöst, weshalb die konfessionellen Gruppen das Privileg direkter Berichterstattung an das Kultusministerium genossen, während andere Gruppierungen der Berichtspflicht über die Kreisausschüsse und die Militärregierung nachkommen mußten.<sup>9</sup>

Auf vergleichbarer Grundlage konstituierten sich öffentliche Jugendvertretungen in Hessen (15. Juni 1946) und der Enklave Bremen (Bremer Jugendtag). Für Bremen galt im übrigen die Besonderheit, daß die Enklave zwar unter amerikanischer Besatzungshoheit stand, jedoch die in der britischen Besatzungszone gültigen Politikrichtlinien angewendet werden mußten. Insgesamt trug das Wirken der Jugendausschüsse zu einer Intensivierung öffentlicher Jugendarbeit bei, die dadurch erstmals in der deutschen Erziehungsgeschichte ein eigenes Profil erlangte. Nach dem Weimarer RJWG war die öffentliche Jugendarbeit eine Kannbestimmung, die während der krisenhaften Zeit der Notverordnungen nie praktiziert wurde. Nach 1945 fiel der Auftrag öffentlicher Erziehung in der amerikanischen Besatzungszone in die hauptsächliche Verantwortung der freien Jugendorganisationen, die über die locker an staatliche Institutionen angeschlossenen Jugendausschüsse das Recht zugestanden bekamen, von den zuständigen Verwaltungsinstanzen finanziell und materiell ausgestattet zu werden. Damit ging die öffentliche Jugendarbeit weit über die noch gültigen Bestimmungen des RJWG hinaus und bedurfte gleichzeitig einer gesetzlichen Neuordnung, die von der Jugendabteilung der Militärregierung zwar immer gewünscht, von den gesetzgeberischen Körperschaften der Länder in der US-Zone jedoch mit dem Argument einer gesamtdeutschen Lösung stets hinausgezögert wurde. Eine Einigung sollte erst in den frühen Jahren der Bundesrepublik erfolgen, wobei die inzwischen wieder allein für die öffentliche Erziehung verantwortlichen deutschen Stellen die von der Militärregierung initiierten Strukturen modifizierten und teilweise zurücknahmen.

Das organisatorische Wachstum der nur locker in staatliche Verantwortung eingebundenen Jugendarbeit war beeindruckend. Dennoch war die Tatsache, daß nicht alle bestehenden Jugendgruppen gleichmäßig an der öffentlichen Jugendarbeit partizipieren konnten, ein deutlicher Schwachpunkt der Konstruktion. Darüber hinaus setzte die Teilhabe an den öffentlichen Erziehungshilfen die Mitgliedschaft in einer Jugendorganisation als Vorbedingung voraus. Der verstärkte Einbezug von nichtorganisierten Jugendlichen sollte jedoch mit der Einrichtung von Jugendringen, kräftig von der Militärregierung unterstützt, möglich sein. Der Aufbau von Jugendringen, in denen Jugendliche freiwillig zusammentrafen, geschah nach zwei unterschiedlichen Mustern. Einmal war es die Traditionslinie der deutschen Jugendbewegung, die sich anschickte, zu neuem Leben zu erwachen. Zum anderen wurden amerikanische Vorstellungen über praktische Formen demokratischer Partizipationsprozesse entwickelt. Beiden Strömungen sollte in dem 1949 gegründeten Bundesjugendring eine Zukunft erwachsen. Doch bis dahin war noch ein dornenreicher Weg zu beschreiten, der manchen am Wert der neuen Jugendarbeit zweifeln ließ.

9 Vgl. IZ, 5/295–3/8: Landesausschuß für Jugendpflege und Jugendbewegung. Niederschrift über die erste (konstituierende) Sitzung am Montag, 29. 4. 1946 im Württembergischen Kultusministerium.

Das könnte am Beispiel des Münchener Jugendparlaments „Junge Stadt“ illustriert werden, welches als Vorläufer der bayerischen Jugendringe oder Jugendforen nicht nur unbeschreiblich chaotische Zustände produzierte, sondern zugleich den amerikanischen Jugendexperten die Grenzen direkter Intervention aufzeigte.<sup>10</sup> Gerade diese Erfahrung lehrte, den Deutschen weitestgehende Eigenverantwortung für die Ausgestaltung der Jugendarbeit zu übertragen.

Die in anderen bayerischen Städten nach dem Münchener Vorbild geschaffenen Jugendparlamente funktionierten weniger konfliktträchtig.<sup>11</sup> Dennoch verdeutlicht das Experiment Jugendparlament den häufigen Wunsch Jugendlicher, sich ein Forum zur Selbstdarstellung und Artikulation eigener Bedürfnisse zu schaffen. Als solche Foren dienten auch zahlreiche arrangierte Jugendtage. Einer davon fand als internationale Jugendkonferenz Mitte 1947 ebenfalls in München unter dem Patronat des französischen Schriftstellers A. GIDE statt. Veranstalter war die Zeitschrift „Echo der Woche“ gemeinsam mit dem Landesjugendausschuß. Aber auch hier hatten die Bayern keine glückliche Hand. Dem Beobachter fiel vor allem die verbreitete Intoleranz bei den überwiegend beteiligten Universitätsstudenten auf, die dem Wunsch von GIDE, auch mit Jugendlichen aus dem Arbeitermilieu ins Gespräch zu kommen, nicht entsprachen.<sup>12</sup> Anders dagegen in Hessen, wo der Versuch, jugendliche Begegnung und Kommunikation zu fördern, an der romantisierten und idyllisch verklärten Tradition der deutschen Jugendbewegung anknüpfen wollte. Doch bereits das erste Treffen am 13. Oktober 1946 auf dem Hohen Meißner, Kultstätte der deutschen Jugendbewegung seit 1913, brachte den Nachweis, daß die früher unter der freideutschen Jugend erzielte Einigkeit einem pluralistischen Interessensspektrum weichen mußte.<sup>13</sup>

Die Organisations- und Rechtsform der entstandenen Jugendringe folgte keinem einheitlichen Prinzip. In Bayern erhielt der Jugendring die gesetzliche Form einer Körperschaft öffentlichen Rechts, andere Länder errichteten Jugendringe nach dem privaten Vereinsrecht oder gingen über den Status unabhängiger und loser Zusammenschlüsse nicht hinaus. Ungeregt blieb auch ihr Verhältnis zu den Landes- und Kreisjugendausschüssen. Von der seit 1947 in Kassel residierenden und als Sprachrohr der Jugendringe fungierenden „Mittelstelle des deutschen Jugendrings“ wurde diese Tatsache zwar als positiv gewertet, da aus den vielfältigen Ausprägungen die besten Formen für eine künftige Jugendarbeit gewonnen werden könnten. In der Praxis bereitete die-

10 Vgl. IZ, 5/294–2/9: The Munich Youth Parliament „Junge Stadt“. Eine kurze Deskription, ohne allerdings den Problemzusammenhang zu benennen, findet sich bei TIMMERMANN (1984).

11 Vgl. IZ, 5/294–2/9: Speech delivered by Erwin GEYER on occasion of the first meeting of the Landshut Youth Parliament.

12 Vgl. IZ, 5/292–2/21: Bericht über die internationale Jugendkonferenz vom 28. Juni bis 3. Juli 1947 in München.

13 Vgl. IZ, 5/297–1/2–11: OMG for Greater Hesse, Youth Activities Branch, 18 Oct. 1946: German Youth Seen Planting Democratic Roots in Growth of Jugend-Rings in Greater Hesse; 5/363–2/1: Education & Religious Affairs, OMGUS, Bi-Monthly Report for October and November 1946. Vgl. auch ROSENWALD/THEIS (1984). Obwohl als Praktiker ausgewiesen, sind die Verf. kaum in der Lage, Zusammenhänge zu erkennen und im Kontext der amerikanischen Erziehungspolitik zu analysieren.

ses Mißverhältnis jedoch Unbehagen, denn als zusätzliches Problem kamen die unterschiedlichen Organisationsstrukturen und die fehlende gesetzliche Grundlage der Kreis- und Landesjugendausschüsse hinzu. Auf den Konferenzen der amerikanischen Jugendabteilung wurde diese Diskrepanz immer wieder lebhaft diskutiert, aber wie eine einheitliche Lösung gefunden werden könnte, blieb vorerst offen.<sup>14</sup>

Das amerikanische Jugendprogramm verstand sich als ein übergreifendes und überparteiliches System einer aus Mitteln der öffentlichen Hand geleisteten Jugendhilfe, das staatlichen Eingriffen weitgehend entzogen war und idealtypisch von der Jugend selbst ausgeführt werden sollte. Diese Ausformung öffentlicher Jugendarbeit hatte in der deutschen Erziehungsgeschichte keinen Vorläufer. Das amerikanische Modell konnte in die deutschen Traditionen nicht eingepaßt werden, weil es der Jugend jene Eigenverantwortung übertrug, die sie in der Geschichte nie erlangt hatte. Auf deutscher Seite weckte dieser Sachverhalt Widerstand und Mißtrauen, obwohl das Jugendprogramm in steigendem Maße zu greifen und wirken begann. Waren es am 1. November 1946 noch etwa 700000 Jugendliche, die von der öffentlichen Jugendarbeit profitierten, so stieg diese Zahl zum 1. Oktober 1947 auf über eine Million und im März 1948 schließlich auf 1,3 Millionen Jugendliche an.<sup>15</sup> Die gleichzeitig in der US-Zone geschätzte Zahl von 2,5 Millionen Jugendlichen im Alter von zehn bis 18 Jahren dokumentiert, daß die öffentliche Jugendarbeit zunehmende Verbreitung fand. Als eindeutiges Defizit erwies sich jedoch die deutsche Praxis, die organisierten Jugendgruppen mit den Leistungen der Jugendhilfe bevorzugt zu bedienen. Nicht zu Unrecht hatte die von der Militärregierung angeforderte Expertise des amerikanischen Soziologen D. DEMARCHE in einer Kernempfehlung darauf hingewiesen, die Jugendarbeit verstärkt auf die unorganisierte Jugend auszuweiten.<sup>16</sup> Für die künftige legislative Grundlage öffentlicher Erziehung favorisierte die Militärregierung die organisatorische Verknüpfung mit den Kultusministerien der Länder. Dagegen blieben die deutschen Vorstellungen mehr der Tradition des RJWG von 1922 verhaftet, das den Jugendämtern als ausführende Organe der Jugendhilfe freigestellt hatte, den Innen- oder Kultusministerien verantwortlich zu sein.

Schon auf seiner Besprechung Ende Juni 1946 zu Treysa über eine Reform des RJWG hatte unter der Federführung von W. POLLIGKEIT der „Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge“ sich für ein zentrales Jugendamt eingesetzt, das keine Grenzen zwischen amtlichen Pflichtaufgaben und dem durch öffentliche und freie Jugendarbeit erweiterten Aufgabenbereich zieht.<sup>17</sup>

14 Vgl. IZ, 5/295–1/19–22: Military Government, US, Group and Community Branch, Youth Activities Konferenzen Wiesbaden 8. und 9. April 1948, 12. bis 14. September 1948; Stuttgart 23. Juli und 30. August 1948.

15 Vgl. Privatsammlung TRACY STRONG: Office of Military Government for Germany (US), Education and Cultural Relations Division, Group Activities Branch: German Youth Between Yesterday and Tomorrow, 1 April 1947–30 April 1948.

16 Vgl. IZ, 5/295–2/7: Report of Survey on Land and Kreis Youth Committees and Youth Rings. Undertaken for Group Activities Branch, Education and Cultural Relations Division, Office of Military Government for Germany (U.S.), by DAVID F. DEMARCHE, September 1948.

17 Vgl. IZ, 11/38–3/4: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Niederschrift zu der Besprechung über Fragen der Reform des RJWG von 1922 am 24. und 25. Juni 1946 zu Treysa.



Am 17. März 1949 bestätigte die im Mai desselben Jahres in Rothenburg o. T. gebildete „Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendhilfe“ (AGJJ) auf der Vorkonferenz in Marburg diese Ansicht und plädierte in einem an den Parlamentarischen Rat in Bonn gerichteten Memorandum für eine Revision des RJWG, demzufolge Jugendwohlfahrt und Jugendpflege in einem Amt zusammengefaßt werden sollten. Der Leiter der britischen Jugendabteilung, A. ANDREWS, begrüßte die Initiative der AGJJ und kritisierte gleichzeitig den Sachverstand der eigenen Wohlfahrtsabteilung.

„You cannot treat the German as a guinea-pig for welfare, psychological and psychiatric experiment and that is what our Welfare or Public Health expert tends to do. The end must be coordination into the normal community and that will only be done by a broad educational programme.“<sup>18</sup>

Die britische Militärregierung hatte der amerikanischen Jugendabteilung empfohlen, auch das Arbeitsfeld der Jugendfürsorge zu integrieren, um der deutschen Tendenz, Jugendarbeit und Jugendfürsorge zu verbinden, mit gesetzlichen Vorarbeiten zu entsprechen. Indessen blieben den Amerikanern in diesem Punkt kurz vor dem Auslaufen der Militärregierung die Hände gebunden, so daß die legislative Initiative zum Ende der Besatzungszeit vollständig in deutsche Verantwortung übergang, ohne daß die Jugendabteilungen der westlichen Besatzungsmächte noch eine koordinierte Leitlinie für die künftigen Entwicklungen hätten geben können. Die Gesetzgebung des Bundes erstreckte sich denn auch nach dem Grundgesetz lediglich auf die Fürsorge, und bei der gleichzeitig garantierten Kulturhoheit mußte der Begriff „öffentliche Fürsorge“ fortan immer wieder Zweifel auslösen, ob er auch die Jugendarbeit mit einschloß. Die Jugendfragen wurden wieder, wie schon in Weimar, dem Innenministerium übertragen, und die RJWG-Novelle von 1953 versäumte prompt die vorhandene Chance, das Jugendgerichtsgesetz mit der Jugendhilfe abzustimmen. Immerhin setzte die Novelle insofern Zeichen eines Neubeginns, als die jugendfördernden Aufgaben des RJWG, die seit der Notverordnung von 1924 nur freiwillig zu leisten waren, zu bedingten Pflichtaufgaben des Jugendamtes erklärt wurden. Nichtsdestoweniger waren von der 1953 verabschiedeten Novelle alle diejenigen Kräfte enttäuscht, die sich für die Jugendarbeit in der Bundesrepublik eine grundlegende Reform versprochen hatten. Von Restauration war die Rede, und erst 1961 wurden die unerledigten Aufgaben wieder aufgenommen (HASENCLEVER 1978).

Seit 1946 bemühten sich die Jugendausschüsse in den Kreisen und Städten der US-Zone, die öffentliche Erziehung zu konturieren. Unter anderem konzentrierten sich die Anstrengungen auf den Beruf des Jugendpflegers, der schon vor 1933 in den Jugendämtern der Weimarer Republik wirkte, damals aber ausschließlich fürsorgerische Aufgaben bearbeitete. Da die nun entworfene öffentliche Jugendarbeit nicht auf der Traditionslinie lag, konnte sie auch nicht klar umrissen, geschweige denn mit durchdachten Ausbildungsinhalten oder einem dezidierten beruflichen Anforderungsprofil durchgesetzt werden. Bis

<sup>18</sup> Vgl. IZ, 5/294–1/16–19: Education Branch, C. C. G. (B. E.), Bad Rothenfelde, 24 March 1949: Development of German Youth Policy.

zum Jahr 1949 entstanden in allen 266 Kreisen der amerikanischen Besatzungszone Jugendausschüsse. Die Konstruktion des Kreisjugendpflegers, der die praktische Arbeit auszuführen hatte, galt als nachzuahmendes Vorbild, das von der Militärregierung entschieden gefördert wurde. Schließlich bestand mit einem professionell geschulten Jugendarbeiter die Chance, öffentliche Erziehungshilfen auch der nichtorganisierten Jugend zukommen zu lassen. Während die praktische Tätigkeit je nach dem Verständnis von Jugendarbeit beträchtlich variierte, setzte sich in der Regel die vollbeschäftigte und -bezahlte berufliche Stellung des Jugendpflegers durch, da eine freiwillige oder ehrenamtliche Position der Aufgabenfülle nicht gerecht wurde. Am 15. Juli 1949 präzierte die amerikanische Jugendabteilung ihre Vorstellungen zum Aufbau der Ausbildungsgänge für Jugendpfleger. Die vorgeschlagenen Ausbildungsinhalte integrierten aus den Sozialwissenschaften an zentraler Stelle Prinzipien und Methoden der Gruppenarbeit, denen entsprechende Praktika in sozialen Arbeitsfeldern korrespondierten. Das Curriculum sollte durch den Einbezug ausländischer Experten den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechen und von einem sorgfältig ausgewählten Lehrkörper unterrichtet werden. Auf einer Konferenz am 6. und 7. April 1949 in Stuttgart, an der die Vertreter der Ministerialverwaltungen aus den Ländern der US-Zone teilnahmen, stellten die Jugendexperten der Militärregierung ihr Konzept vor. Als Ergebnis kam in Zusammenarbeit mit dem sozialpädagogischen Seminar der Universität Frankfurt ein länderübergreifender Ausschuß für die Ausbildung von Jugendpflegern zustande. Nach weiteren Treffen wurde schließlich festgehalten, einen einjährigen Ausbildungskurs an der Jugendleiterschule Ruit im November 1946 aufzunehmen. Die amerikanische Jugendabteilung unterstützte das Projekt mit einer Zuwendung von DM 50000. Noch im Jahre 1949 konnten über 1300 Jugendpfleger an diesem Ausbildungsgang und anderen Lehrgängen partizipieren.<sup>19</sup>

Neben dem öffentlichen Erziehungsanspruch hatte die Militärregierung einen zusätzlichen Schwerpunkt auf die Professionalisierung der Jugendarbeit gelegt. Die eingeführten sozialpädagogischen Ausbildungsinhalte sollten für die Verbreitung der öffentlichen Jugendarbeit noch erheblichen Stellenwert erlangen. Bedeutsam ist vor allem, daß mit der nach neuesten Erkenntnissen aus den Sozialwissenschaften und der Gruppenpädagogik professionalisierten Sozialpädagogik die zuvor dominant politisierte oder von Gruppeninteressen überlagerte Jugendarbeit der Verbände und Organisationen überwunden werden konnte, obwohl bis dahin noch Jahre vergingen und die Jugendorganisationen sich alles andere als erfreut über diese Entwicklung zeigten. Bereits auf der ersten Arbeitstagung des Bundesjugendringes auf der Burg Stahleck vom 26. bis 27. November 1947 zeigte sich, daß es tiefsitzende Ressentiments gegen die angeblich unter fremden Einflüssen stehenden alliierten Jugendleiterschulen gab, und der hessische Jugendring wandte sich auf einem Jugendtag am 24. April 1949 gegen die als Staatskontrolle empfundene vollbezahlte Position des Jugendpflegers. Die Vorstellungen gingen demgegenüber in die Richtung, Jugendarbeit als ethische Berufung anzusehen, wer einige Jahre diese Tätigkeit

19 Vgl. IZ, 5/295–2/1–2: Factors Related to Professional Training for the Kreisjugendpfleger, 28 September 1949 sowie Accomplishments for Youth Activities during Past Year (1949).

ausgeübt habe, sollte wieder in seinen eigentlichen Beruf zurückkehren.<sup>20</sup> Auch die katholische Jugend wehrte sich vehement gegen jeden Versuch, ein professionelles Berufsbild entstehen zu lassen. Auf der trizonalen Tagung in Ruit vom 11. bis 13. Dezember 1948 plädierte sie statt dessen für den subsidiären Charakter der Jugendpflege, die keine der freien Initiative zuzurechnenden Aufgaben übernehmen dürfe; jede in die Verwaltung eingebundene Jugendarbeit wurde mit dem Argument staatlicher Abhängigkeit abgelehnt. In der den Jugendgruppen abverlangten Neutralität glaubte die katholische Jugend, eine sinnlos erzeugte Farblosigkeit zu erkennen; ein „akademisches Jungmanagertum“ wollte man nicht haben.<sup>21</sup>

Nach der bundesdeutschen Staatsgründung löste die amerikanische Hohe Kommission (HICOG) die Militärregierung der Besatzungszeit ab. Seit September 1949 arbeitete die Jugendabteilung als „Youth and Communities Activities Branch“ im Amt für öffentliche Angelegenheiten (Office of Public Affairs) der Hohen Kommission mit veränderten Funktionen weiter. Rat und Unterstützung, materielle und finanzielle Hilfen, Kooperation und Koordination der Programme sowie die Durchführung von Untersuchungen charakterisierten die neuen Aufgaben. Das Haushaltsjahr 1951 sah über 10 Millionen DM an Ausgaben der Jugendabteilung vor, ein anderes Budget (Government and Relief in Occupied Areas, GARIO) für die Förderung gezielter Projekte kostete den amerikanischen Steuerzahler nochmals 1 Million US-Dollar sowie 54 Millionen DM, mit denen Erholungsmaßnahmen, Jugendleiterschulen, Jugendherbergen, Lehrlingsheime etc. finanziert wurden. Im November 1951 wurden in Hessen beispielsweise von den 76 beschäftigten Kreisjugendpflegern 30 aus dem Etat der amerikanischen Hohen Kommission bezahlt (PILGERT 1952; GILLEN 1952). Das Engagement für die Fortsetzung der öffentlichen Erziehung trug mit dem 1950 aufgestellten Bundesjugendplan, der im ersten Haushaltsjahr über 52 Millionen DM für die Jugendarbeit auswies, Früchte. Dabei gingen entscheidende Initiativen von dem Leiter der amerikanischen Jugendabteilung, L. E. NORRIE, aus, der bereits Mitte 1949 den württembergischen Kultusminister BÄUERLE und den designierten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, TH. HEUSS, von der Notwendigkeit weiterer Anstrengungen überzeugte. In seinem Schriftwechsel mit BÄUERLE hatte NORRIE noch darum gebeten, die US-Absichten nicht publik zu machen, um der späteren Realisierung nicht die Aura einer genuin deutschen Angelegenheit zu nehmen.<sup>22</sup>

Das amerikanische Programm verbuchte Erfolge, die über die allgemeine Befürwortung von Jugendarbeit in der Öffentlichkeit hinausgingen. Besonders gut schritt die Professionalisierung der Jugendarbeit voran. Waren 1948 noch 4500 Teilnehmer in den entsprechenden Ausbildungsstätten, so wurden bis

20 Vgl. IZ, 5/294–1/16–19: Hessischer Jugendring, Jugendtag Frankfurt/M. am 10.4.1949; 5/293–3/7: Report on First Conference of Bundesjugendring Burg Stähleck, 26./27.11.1949.

21 Vgl. IZ, 5/293–3/3: Pressedienst Haus Altenberg. Nachrichten und Informationen aus dem Bund katholischer Jugend, 24.1.1949: Trizonale Tagung über Jugendleiterschulen vom 11. bis 13. Dezember 1948 in Ruit.

22 Vgl. IZ, 5/292–2/12–14: Community Activities Branch (L. E. NORRIE) an Dr. THEODOR BÄUERLE, 27. September 1949.

1952 immerhin 30000 Teilnehmer durch die Kurse für Jugend- und Gruppenleiter oder Jugendpfleger geschleust. Die Jugendorganisationen übten auf annähernd sechs Millionen Jugendliche in der Bundesrepublik Einfluß aus. Die auf Jugendthemen zugeschnittenen Publikationen der Amerikaner erreichten monatlich über 400000 Leser. Mehr als 1300 Jugend- und Gemeinschaftsheime waren errichtet worden, rund 500 Jugendausschüsse mit 10000 Mitgliedern kümmerten sich weiter aktiv um die Belange der Jugend. Auf der anderen Seite regte sich auch deutscher Widerstand gegen das amerikanische Erziehungsprogramm. Der bayerische Jugendring vertrat mittlerweile eine autoritäre und restriktive Jugendpolitik, die nur mehr auf die Bedürfnisse der traditionellen Jugendverbände reflektierte und jede darüber hinausweisende Interessenvertretung der Jugend negierte. Auch zahlreiche Kirchenvertreter standen dem geweiteten Verständnis öffentlicher Jugendarbeit feindlich gesinnt gegenüber, da sie einen Bedeutungsverlust ihrer Organisationen befürchteten und deshalb die Übergabe amerikanischer Ressourcen an die Kirchen verlangten. Hätte die amerikanische Hohe Kommission diesem Verlangen entsprochen, dann wären die unorganisierten Jugendlichen zum Eintritt in konfessionelle Gruppen gezwungen gewesen, wollten sie in den Genuß öffentlicher Erziehungshilfen gelangen (PILGERT 1952).

### 3. Schlußfolgerung

Jede Bilanz der amerikanischen Erziehungspolitik muß ihrem entschiedenen Bemühen Rechnung tragen, ein umfassendes System öffentlicher Erziehung für die Jugend der Nachkriegszeit errichten zu wollen. Anders verhielt es sich mit den Trägern der Jugendarbeit, den konfessionellen, freien oder mit den politischen Parteien verwobenen Jugendverbänden, die mehr oder weniger ungewollt zu den ausführenden Organen der amerikanischen Jugendpolitik gemeinsam mit den eingerichteten Jugendausschüssen avancierten. Durch die von der amerikanischen Besatzungsmacht letztlich favorisierte Revitalisierung der traditionellen Jugendverbände blieb diesen jedoch keine Wahl, obwohl ihre Integration in die Jugendarbeit das Risiko des Austragens von Gruppenegoismen, Rivalitäten und des schon in der Weimarer Republik angelegten Generationenkonfliktes in sich barg (MOMMSEN 1985). Zu Weimarer Zeiten hatte die sozialpolitische Orientierung erkennen lassen, daß eine staatliche Zuwendung der Jugend gegenüber nicht vorgesehen war. Die Hitler-Jugend fand ein ideal vorbereitetes Szenarium, wenn sie mit ihrer Auffassung von Jugendarbeit einen Beitrag zur Wiederherstellung der inneren Einheit des Volkes zu reklamieren meinte.

In der Umbruchsituation nach dem Kriege wurde denn auch evident, daß die Jugendverbände der amerikanischen Jugendpolitik, soweit sie als solche ersichtlich war, skeptisch-mißtrauisch oder ablehnend gegenüberstanden. Sie verspürten kein Verlangen, den mit der Jugendarbeit übernommenen Erziehungsauftrag gruppenübergreifend zu betrachten. So nötigte die paradoxe Situation, auf deutsche Jugendorganisationen bei der Ausführung der Jugendarbeit angewiesen zu sein und zugleich deren egozentrische Begrenzungen in Kauf nehmen zu müssen, nichtsdestoweniger zur Gründung möglichst vieler

Jugendgruppen, um die übergreifenden, allgemein zugänglichen Erziehungshilfen im Sinne des öffentlichen Erziehungsanspruches zu realisieren. Eine strukturelle Balance stellten die Jugendausschüsse her, deren Aufgabe in der sozial austarierenden Mittelvergabe, dem Ausgleich der Generationsgegensätze und der Überwindung weltanschaulicher Polarisierungen lag. Tatsächlich zeigt die weitere Entwicklung, daß dieser Ansatz die traditionellen Begrenzungen deutschen Verständnisses überwinden half, denn in dem Maße, „wie weltanschauliche Unterschiede und Gegensätze an Bedeutung verloren und das als ‚jugendgemäß‘ Überlieferte seine formende Kraft ... einbüßte, geriet das Selbstverständnis der Jugendverbände in eine Krise, die noch heute anhält ...“ (GIESECKE 1983, S. 84).

Vergleichbar der Sozialdemokratie, die nach dem Zweiten Weltkrieg von Anfang an bestrebt war, die Generation der Hitler-Jugend einzubinden, um den Weg zur linken Volkspartei zu bahnen (HOLTMANN 1989), sorgte auch die amerikanische Besatzungsmacht für gesellschaftliche Integrationshilfen. Hatte noch zum Beginn des NS-Systems die Hitler-Jugend versucht, über die Gewöhnung an Rituale, paramilitärischen Drill und über vitale Betätigungen im Wettkampf auf die Jugendlichen einzuwirken, so war das Netz idealistisch-voluntaristischen Engagements schon bald durch soziale Kontrollen zersetzt und aus dem Anspruch totaler Kontrolle eine zunehmende Bürokratisierung geworden. Der politische Irrationalismus hielt auf die Orientierung an Symbolen, auf Einsätze und Erlebnisse, die politische Gesinnung sollte sich im Handeln bewähren und nicht durch ein Problembewußtsein beeinträchtigt werden (SCHOLTZ 1983). Vor diesem Hintergrund neu erziehen zu wollen, mutet geradezu vermessen an. Allen Rückschlägen und Anfeindungen zum Trotz waren diesem Unterfangen insofern Erfolge beschieden, als ein psychosoziales Moratorium (ERIKSON), ein Spielraum für die Kulturpubertät (SPRANGER) geschaffen wurde. Die Jugendlichen erfuhren selbstregulierende Formen, die sie der Sinn- und Orientierungskrise, dem Wertbildverlust der Hitler-Jugend und der gesellschaftlich-existentiellen Notsituation entführten. Die Bedeutung der Erziehungsarbeit ist deshalb auch hoch zu veranschlagen, weil sie das Verständnis von Jugendarbeit als pädagogisches Steuerungselement einführte und damit Entwicklungstendenzen vorwegnahm, die erst wieder in den sechziger Jahren aufgenommen wurden. Dazu muß allerdings auch gesehen werden, daß die Jugendlichen der Nachkriegszeit über Freiräume in einem vorher unbekannten Maße verfügten. Die Schule, sofern überhaupt Unterricht stattfand, konnte keine demokratischen Sozialisationsangebote unterbreiten. Allein der Lehrerstand war wegen seiner Vergangenheit viel zu belastet, als daß er eine neue Pädagogik hätte umsetzen können. An den Hochschulen setzte ein Selbstfindungsprozeß ein, der mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland noch längst nicht abgeschlossen war (KRÖNIG/MÜLLER 1990). So ist das Fazit zu ziehen, daß die USA mit ihrem nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland eingeführten Erziehungsprogramm auch jene fachlichen Ausdifferenzierungen einleiteten, die die heutige Pädagogik zu genuinen Aufgaben definiert. Zugleich setzten die Amerikaner den Grundpfeiler für den gesellschaftlichen Konsens, den Anspruch auf öffentliche Erziehung zu kodifizieren.

*Literatur*

- BAETHGE, M./SCHOMBURG, H./VOSKAMP, U.: Jugend und Krise – Krise aktueller Jugendforschung. Frankfurt a. M./New York 1983.
- BOEHNISCH, L. (Hrsg.): Jugendarbeit in der Diskussion. Pädagogische und politische Perspektiven. München 1973.
- BREYVOGEL, W. (Hrsg.): Piraten, Swings und Junge Garde. Jugendwiderstand im Nationalsozialismus. Bonn 1991.
- BROSZAT, M.: Siegerjustiz oder strafrechtliche „Selbstreinigung“. Vergangenheitsbewältigung der Justiz 1945–1949. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 29 (1981), S. 477–544.
- BUDE, H.: Deutsche Karrieren. Frankfurt a. M. 1987.
- BUNGENSTAB, K.-E.: Umerziehung zur Demokratie? Re-education Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945–1949. Düsseldorf 1970.
- CZARNOWSKI, G.: Familienpolitik als Geschlechterpolitik. In: H. U. OTTO/H. SÜNKER (Hrsg.): Soziale Arbeit und Faschismus. Frankfurt a. M. 1989, S. 130–156.
- EDMONDS, R.: Die großen Drei. Churchill, Roosevelt und Stalin in Frieden und Krieg. Berlin 1992.
- FALTERMEIER, M. (Hrsg.): Nachdenken über Jugendarbeit. Zwischen den Fünfziger und Achtziger Jahren. Eine kommentierte Dokumentation aus der Zeitschrift „deutsche jugend“. München 1983.
- FÜSSL, K.-H.: Die amerikanische Umerziehungs- und Neuorientierungspolitik in der Retrospektive ihrer Akteure. In: Bildung und Erziehung 40 (1987), S. 201–226.
- FÜSSL, K.-H.: Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs. Paderborn 1994.
- FÜSSL, K.-H.: Jugend und Umerziehung. Habilitationsschrift am FB 22 der TU Berlin 1991.
- GIESECKE, H.: Jugend in Verbänden und Organisationen. In: Enzyklopädie Erziehungswissenschaft, hrsg. von D. LENZEN, Bd. 8: Erziehung im Jugendalter – Sekundarstufe I. Stuttgart 1983, S. 84.
- GIESECKE, H.: Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik. München 1981.
- GILLEN, J. F.: The Special Projects Program of the Office of the High Commissioner for Germany, Historical Division, Office of the U. S. High Commissioner for Germany 1952.
- GUHSE, M./KOHRS, A.: Zur Entpädagogisierung der Jugendfürsorge in den Jahren 1922–1945. In: H. U. OTTO/H. SÜNKER (Hrsg.): Soziale Arbeit und Faschismus. Frankfurt a. M. 1989, S. 228–249.
- HARVEY, E.: Die Jugendfürsorge in der Endphase der Weimarer Republik. Das Beispiel der Fürsorgeerziehung. In: H. U. OTTO/H. SÜNKER (Hrsg.): Soziale Arbeit und Faschismus. Frankfurt a. M. 1989, S. 189–227.
- HASENCLEVER, CHR.: Jugendhilfe und Jugendgesetzgebung seit 1900. Göttingen 1978.
- HEINEMANN, M. (Hrsg.): Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich. Stuttgart 1981.
- HERRMANN, U.: Der „Jüngling“ und der „Jugendliche“. Jugend im Spiegel polarisierender Wahrnehmungsmuster an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in Deutschland. In: Geschichte und Gesellschaft 11 (1985), S. 205–216.
- HOLTMANN, E.: Die neuen Lasalleaner. SPD und HJ-Generation nach 1945. In: M. Broszat et al. (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. München 1989, S. 169–210.
- KATER, M. H.: Bürgerliche Jugendbewegung und Hitlerjugend in Deutschland von 1926 bis 1939. In: Archiv für Sozialgeschichte XVII (1977), S. 127–174.
- KLAGES, H.: Wertedynamik. Über die Wandelbarkeit des Selbstverständlichen. Zürich/Osnabrück 1988.
- KLÖNNE, A.: Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner. München 1990.
- KOLPFAUS, S.: Jugendkultur und Jugendpflege – pädagogisch-politische Jugendkonzepte nach 1900. In: Bildung und Erziehung 38 (1985), S. 167–182.
- KRIEGER, W.: General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949. Stuttgart 1987.
- KRÖNIG, W./MÜLLER, K.-D.: Nachkriegssemester. Studium in Kriegs- und Nachkriegszeit. Stuttgart 1990.

- LANDWEHR, R./BARON, R. (Hrsg.): Geschichte der Sozialarbeit. Hauptlinien ihrer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Weinheim/Basel 1983.
- LANGE-QUASSOWSKI, J.: Neuordnung oder Restauration. Das Demokratiekonzept der amerikanischen Besatzungsmacht und die politische Sozialisation der Westdeutschen: Wirtschaftsordnung – Schulstruktur – Politische Bildung. Opladen 1979.
- MOMMSEN, H.: Generationskonflikt und Jugendrevolte in der Weimarer Republik. In: TH. KOEBNER et al. (Hrsg.): „Mit uns zieht die neue Zeit“. Der Mythos Jugend. Frankfurt a.M. 1985, S. 50–67.
- NAVE-HERZ, R.: Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1988.
- OTTO, H.-U./SÜNKER, H.: Nationalsozialismus, Volksgemeinschaftsideologie und soziale Arbeit. In: H.-U. OTTO/H. SÜNKER (Hrsg.): Soziale Arbeit und Faschismus. Frankfurt a.M. 1989, S. 7–35.
- PEUKERT, D.J.K.: Die Edelweißpiraten. Protestbewegungen jugendlicher Arbeiter im „Dritten Reich“. Köln 1988.
- PEUKERT, D.J.K.: Grenzen der Sozialdisziplinierung. Aufstieg und Krise der deutschen Jugendfürsorge. Köln 1987 (b).
- PEUKERT, D.J.K.: Jugend zwischen Krieg und Krise. Lebenswelten von Arbeiterjungen in der Weimarer Republik. Köln 1987 (a).
- PILGERT, H.P.: Community and Group Life in West Germany. With Special Reference of the Politics and Programs of the Office of the U. S. High Commissioner for Germany, Historical Division, Office of the U. S. High Commissioner for Germany 1952.
- REESE-NÜBEL, D.: Kontinuitäten und Brüche in den Weiblichkeitskonstruktionen im Übergang von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus. In: H.-U. OTTO/H. SÜNKER (Hrsg.): Soziale Arbeit und Faschismus. Frankfurt a.M. 1989, S. 109–129.
- REPORT of the United States Education Mission for Germany, Department of State Publication 2664, European Series 16, Washington D. C. 1946.
- ROSENWALD, W./THEIS, B.: Enttäuschung und Zuversicht. Zur Geschichte der Jugendarbeit in Hessen 1945–1950. Deutsches Jugendinstitut München 1984.
- RUPIEPER, H.-J.: Bringing Democracy to the Frauleins. Frauen als Zielgruppe der amerikanischen Deutschlandpolitik in Deutschland 1945–1952. In: Geschichte und Gesellschaft 17 (1991), S. 61–91.
- SCHARINGER, K.: Zur Reorganisation der Jugendarbeit in Bayern nach 1945. In: deutsche jugend, H. 11 (1988), S. 491–497.
- SCHLANDER, O.: Der Einfluß von John Dewey und Hans Morgenthau auf die Formulierung der Re-educationpolitik. In: M. HEINEMANN (Hrsg.): Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich. Stuttgart 1981, S. 40–52.
- SCHÖRKEN, R.: Jugend 1945. Politisches Denken und Lebensgeschichte. Opladen 1990.
- SCHOLTZ, H.: Erziehung und Unterricht unterm Hakenkreuz. Göttingen 1985.
- SCHOLTZ, H.: Staatsjugendorganisationen (HJ und FDJ). In: Enzyklopädie Erziehungswissenschaft, hrsg. von D. LENZEN, Bd. 8: Erziehung im Jugendalter – Sekundarstufe I. Stuttgart 1983, S. 77–80.
- SCHUBERT, D.: Frauen in der deutschen Nachkriegszeit, Bd. 1: Frauenarbeit 1945–1949. Quellen und Materialien, hrsg. von A. KUHN. Düsseldorf 1984.
- TENT, J.F.: Mission on the Rhine. Reeducation and Denazification in American-Occupied Germany. University of Chicago Press 1982.
- TIMMERMANN, J.: Schule und Jugend in der Trümmerzeit. In: F. PRINZ (Hrsg.): Trümmerzeit in München. Kultur und Gesellschaft einer deutschen Großstadt im Aufbruch 1945–1949. München 1984, S. 168–172.
- UMERZIEHUNG und Besatzungspolitik in der US-Zone. In: Bildung und Erziehung H. 2 (1981), S. 34.
- WELLS, H.B.: With Clay in Occupied Germany. In: Ders.: Being Lucky: Reminiscences and Reflections. Bloomington 1980, S. 301–318.

*Abstract*

Taking the youth policy of the American occupation authorities of after 1945 as an example and drawing on archives of the US authorities recently made accessible, the author shows that the American educational policy was by no means restricted to the school system. Rather, it was part of an extensive plan to create new patterns of action and qualification as well as new institutions for both adolescents and teachers. In the field of youth policy, this plan was largely carried out in opposition to the traditional ideas of the Germans involved.

*Anschrift des Autors:*

PD Dr. Karl-H. Füssl, The Johns Hopkins University,  
American Institute For Contemporary German Studies,  
Suite 350, 11 Dupont Circle, N. W. Washington, D. C. 20036–1207